
Interessenverband warnt vor einseitiger Festlegung

In der Debatte um ein mögliches Verbrenner-Aus in der EU warnt der Interessenverband e-Fuel Alliance vor einer einseitigen Festlegung auf Batterieantriebe. „Der Verkehrssektor ist für 25 Prozent der CO₂-Emissionen weltweit verantwortlich und davon sind vier Fünftel auf der Straße. Wenn man sich das klarmacht, dann darf man sich nicht nur auf eine Technologie festlegen und sie schon gar nicht rechtlich vorschreiben“, sagte Vorstandssprecherin Monika Griefahn. Elektromobilität spiele eine wichtige Rolle für die Nachhaltigkeit des Verkehrs, aber es gebe auch viele Einsatzgebiete, in denen ein Batterieantrieb nicht möglich oder nicht wirtschaftlich sei. Hier könnten synthetische Kraftstoffe ihren Teil zum Klimaschutz beitragen, etwa in der Luft- und Schifffahrt.

Zugleich verwies die frühere niedersächsische Umweltministerin auf die Kosten für die Verbraucher, die die einseitige Fokussierung auf Elektromobilität mit sich bringen würde: „Ich halte es auf jeden Fall für sinnvoll, die Verbrenner-Autos nicht einfach zu verschrotten, denn auch die Herstellung von E-Fahrzeugen erfordert Rohstoffe und Energie, sondern mit klimaneutralem Kraftstoff zu betreiben.“ Hier müsse der Gesetzgeber sowohl auf EU- als auch auf Bundesebene aktiv werden, um entsprechende Regelungen für alle Anbieter zu schaffen: „Wir brauchen eine Gleichbehandlung. Bei synthetischen Kraftstoffen werden erneuerbare Energien und CO₂ aus der Atmosphäre genutzt. Das ist grundlegend anders, als ein Auto mit Energie zu betreiben, die aus Kohlestrom gewonnen wird“, unterstrich Griefahn. (aum)

Bilder zum Artikel



Elektromobilität.

Foto: Auto-Medienportal.Net/Jeep
